

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn An der BAB 2 39365 Marienborn

Die Beauftragte der Bundesregierung
für die Angelegenheiten der Kultur
und der Medien
Dr. Christina Weiss
Willy-Brandt-Straße 1
D-10557 Berlin

C/O.:
Dr. Joachim Scherrieble
Gedenkstätte Deutsche
Teilung Marienborn

An der BAB 2
39365 Marienborn
Tel.:(039406) 92 09-0
Fax :(039406) 92 09-9
Mail:
gedenkstaette@marienborn.de

Marienborn, den 06.05.2005

Offener Brief zum geplanten „Geschichtsverbund Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur“

Sehr geehrte Frau Dr. Weiss,

als Arbeitsgemeinschaft von Gedenkstätten, die sich der Aufarbeitung der Diktatur in SBZ und DDR widmen, wenden wir uns heute bezüglich der Diskussion um einen „Geschichtsverbund Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur“ an Sie.

Unmittelbar nachdem im Dezember 2004 die Zuständigkeit für die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und für die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (BStU) an Sie übergegangen war, hatten Sie den oben genannten Verbund angeregt. Unsere Arbeitsgemeinschaft begrüßt diesen Vorschlag. Sie befürwortet ausdrücklich, dass das Profil der Einrichtungen, die im Bereich der Aufarbeitung tätig sind, geschärft und eine noch engere Verbindung zwischen den betreffenden Institutionen gefördert wird. Eine „Aufarbeitung aus einem Guss“, wie in einem Papier aus Ihrem Hause im Dezember formuliert wurde, halten wir hingegen nicht für sinnvoll, weil dabei die vielfältigen dezentralen Erinnerungs- und Aufarbeitungsinitiativen durch ein staatlich gesteuertes Gedenken ersetzt würden. Wir erachten jedoch gerade die freie Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und die Pluralität dieses Prozesses als wichtig für unsere demokratische Gesellschaft.

Die Gedenkstätten zur Diktatur in SBZ und DDR legen Wert darauf, in die aktuelle Diskussion um den geplanten Geschichtsverbund einbezogen zu werden. Die Einrichtungen – die ein zentrales Thema der Debatte sind – sollten an diesem Prozedere einzeln beziehungsweise in wichtigen Koordinierungsfragen durch die Arbeitsgemeinschaft beteiligt sein. Keinesfalls bedarf es aus Sicht der AG jedoch einer neuen Institution, etwa eines Dachverbands, oder einer weiteren Verstaatlichung vorhandener Strukturen. Beides wäre überflüssig und würde lediglich zusätzliche Verwaltungsapparate schaffen. Stattdessen sollte der angestrebte Geschichtsverbund ein rein inhaltlicher Zusammenschluss aller professionell mit der Forschung, Aufklärung und politischen Bildungsarbeit zu staatlichem Unrecht in SBZ und DDR Beschäftigten sein. In diesem könnten die Ergebnisse der bereits jetzt von zahlreichen Einrichtungen und Initiativen geleiteten Arbeit noch besser nutzbar gemacht werden.

Für das Prozedere zur Konstituierung eines Geschichtsverbundes hatten Sie bereits im Dezember 2004 eine öffentliche und transparente Diskussion angekündigt, die im Mai 2005 abgeschlossen

sein sollte. Bisher hat eine solche Debatte jedoch nicht stattgefunden, sodass sie nun umgehend angestoßen werden muss. Die AG Gedenkstätten ist ausdrücklich bereit, sich in diesen Diskussionsprozess einzubringen.

Als Grundlage für die künftige Entwicklung der Gedenkstättenlandschaft und somit auch die staatliche Unterstützung der bestehenden Einrichtungen bietet das vorhandene Gedenkstättenkonzept des Bundes aus unserer Sicht eine sinnvolle Grundlage. Es beruht auf den Empfehlungen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, die von einer breiten parlamentarischen Basis getragen wurde. Das Konzept hat sich grundsätzlich bewährt und muss nun mit Modifizierungen vollständig umgesetzt werden.

Aus Sicht der Arbeitsgemeinschaft ist bei der Modifizierung und Umsetzung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes und der Diskussion um einen Geschichtsverbund Folgendes zu berücksichtigen:

- Um sechs Jahre nach Inkraftsetzung der neuen Regelungen zur Gedenkstättenförderung den aktuellen Sachstand zu erfassen, muss überprüft werden, ob die darin enthaltenen Empfehlungen der Enquetekommission umgesetzt wurden und ob gegebenenfalls Erweiterungen oder Konkretisierung nötig sind. Insbesondere ist die in den Empfehlungen der Enquetekommission vorgeschlagene institutionelle Förderung von Gedenkstätten von „herausragender gesamtstaatlicher Bedeutung“ nach inhaltlichen und nicht mehr nach rein fiskalischen Kriterien (Omnibusprinzip) zu prüfen.
- Die im Gedenkstättenkonzept festgeschriebene Dezentralität und Heterogenität der Gedenkstätten-Topographie in der Bundesrepublik sowie ihrer Trägerstruktur ist aus den oben genannten Gründen unbedingt zu bewahren und zu fördern.
- Die derzeitige „Hauptstadt-Fokussierung“ in der Diskussion um die Entwicklung der Gedenkstättenlandschaft muss dringend relativiert werden.
- Besonderer Wert sollte darauf gelegt werden, dass die einzelnen Einrichtungen ihre Profile schärfen, sodass unnötige Doppelarbeiten vermieden werden. Dabei sollte natürlich ein flächendeckendes Angebot für die gesamte Bundesrepublik erhalten bleiben.
- Das Prinzip der Subsidiarität ist unbedingt zu wahren. Das bedeutet, dass keine Einrichtungen, die durch bürgerschaftliches Engagement entstanden und sich in freier Trägerschaft befinden, in staatliche Zuständigkeit übernommen oder gar durch neu zu schaffende staatliche Einrichtungen ersetzt werden.
- Die Regelungen zur Finanzierung von Gedenkstätten sollten ebenfalls den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden. Das Prinzip der jeweils hälftigen Förderung durch den Bund und das betreffende Bundesland überfordert die neuen Länder. Hier ist die Möglichkeit einer höheren Bundesförderung zu prüfen. Ebenso wie in Berlin befinden sich in den neuen Bundesländern unverhältnismäßig mehr Gedenkstätten zur Diktatur in SBZ und DDR als in den alten. Diese Tatsache muss – wie dies in Berlin bereits geschieht – ein größeres finanzielles Engagement des Bundes bedingen.
- Für den Betrieb von Gedenkstätten mit nationaler und internationaler Bedeutung ist auch künftig eine institutionelle Förderung durch den Bund, speziell Ihre Behörde, nötig. Zusätzlich sollten weiterhin Projektförderungen für den Ausbau von Gedenkstätten möglich sein.

Die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die in den vergangenen Jahren durch ihre Zuwendungen – unter anderem an Gedenkstätten – einen wesentlichen Beitrag zur Aufarbeitung geleistet hat, ist für die Arbeitsgemeinschaft ein wichtiger Partner. Sie sollte auch weiterhin eine unabhängige Stiftung bleiben, die Gedenkstätten, Archive, Vereine, Verbände und Forscher mit Projektförderungen bei der wissenschaftlichen Aufarbeitung der SED-Diktatur und der öffentlichen Aufklärung über dieselbe unterstützt. Als solche trägt sie wesentlich zum Erhalt der heterogenen Strukturen der Aufarbeitungslandschaft bei, ohne dass es nötig und sinnvoll ist, die genannten

Einrichtungen in Trägerschaft der Stiftung zu nehmen. Um ihrer Aufgabe gerecht werden zu können, wird die Stiftung jedoch mehr finanzielle Mittel benötigen. Die Etatkürzungen im vergangenen Jahr sind nicht akzeptabel und behindern die Aufarbeitung. Auch im Bereich der institutionellen Förderung von Gedenkstätten werden zusätzliche finanzielle Mittel nötig sein, die nicht auf Kosten von Projektförderungen gehen dürfen.

Neben der Stiftung Aufarbeitung befindet sich seit Ende vergangenen Jahres auch die BStU in Ihrem Geschäftsbereich. Die Frage nach der Zukunft der Stasi-Unterlagen-Behörde ist spätestens seitdem untrennbar verknüpft mit den Überlegungen zur weiteren Entwicklung der Gedenkstättenlandschaft. Momentan sind verschiedene Modelle für den Umgang mit der BStU in der Diskussion. Sie reichen von der Abwicklung der Behörde innerhalb eines kurzen Zeitraums bis zu ihrer Etablierung als zentrale Aufarbeitungsinstanz. Die Arbeitsgemeinschaft plädiert dringend dafür, dass die Bundesbeauftragte sich künftig auf ihr Kerngeschäft, die Erschließung der MfS-Akten, konzentriert. Für uns als Gedenkstätten ist die BStU in erster Linie ein wichtiger und kompetenter Dienstleister, ohne den wir unserem Forschungs- und Vermittlungsauftrag nicht nachkommen können. Bei den Stasi-Akten handelt es sich um wertvolles Quellenmaterial, zu dem der Zugang noch deutlich optimiert werden muss. Nur so kann die langjährige politische Bildungsarbeit in zahlreichen Gedenkstätten, Museen, Archiven, Stiftungen, Vereinen und Verbänden weiter qualifiziert und fortgesetzt werden. Die BStU muss ihre finanziellen und personellen Ressourcen für die Erschließung der Akten und zur Antragsbearbeitung einsetzen. Über ein zukünftiges Konzept des Aktenumgangs sollte ebenfalls öffentlich diskutiert werden. Keinesfalls aber darf die Zugänglichkeit der Akten unter einer zukünftigen Struktur leiden.

Sehr geehrte Frau Dr. Weiss, die Gedenkstätten zur Diktatur in SBZ und DDR leisten seit 15 Jahren mit großem Engagement Forschungs-, Bildungs- und Aufklärungstätigkeit. Sie legen dabei Wert auf die Einhaltung wissenschaftlicher, gedenkstättenpädagogischer und musealer Standards, um fundiert und seriös aufarbeiten und informieren zu können. Vor allem fördern sie die freie, rückhaltlose Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Geschichte und wollen den Blick für die Bedeutung von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schärfen. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft haben die bundesdeutsche Aufarbeitungslandschaft in den vergangenen 15 Jahren mitgestaltet und sind inzwischen ein fester Bestandteil derselben.

Wir betonen daher noch einmal, wie nötig eine offene Diskussion über die Zukunft der Gedenkstättenlandschaft aus unserer Sicht ist, und bitten nachdrücklich darum, umgehend in die Diskussion um den „Geschichtsverbund Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur“ eingebunden zu werden. Die Mitglieder des Koordinierungsausschusses der Arbeitsgemeinschaft stehen Ihnen jederzeit als Ansprechpartner zur Verfügung.

In der Hoffnung auf eine gewinnbringende Zusammenarbeit verbleiben wir mit freundlichen Grüßen für die Arbeitsgemeinschaft:



Dr. Joachim Scherrieble
Sprecher
des Koordinierungsausschusses
(Gedenkstätte Deutsche Teilung
Marienborn)



Silke Klewin
Mitglied
des Koordinierungsausschusses
(Gedenkstätte Bautzen)



Tobias Hollitzer
Mitglied
des Koordinierungsausschusses
(Gedenkstätte Museum in der
„Runden Ecke“)